

## Grußwort

Für die Tagung  
Energie-Contracting in der Metropolregion Bremen-Oldenburg

Ich möchte Sie im Namen der Freien Hansestadt Bremen begrüßen und freue mich, auf Informationen und Diskussionen in dieser Kompetenzrunde.  
Neue Energiepolitik und Energiesparen sind wichtige Stichworte für die Metropolregion und für Bremen, wir müssen sparen und den Klimaschutz fördern.  
Das Ressort Umwelt, Bau, Verkehr und Europa zeichnet in Bremen verantwortlich für die Umlandkooperation und das Management der Metropolregion.  
Senator Dr. Loske ist Mitglied im Vorstand der Metropolregion, er wäre gerne selbst hier gewesen. Für ihn hat das Thema Energie eine hohe Priorität im politischen Handeln. Er hat gerade den Klima-Aktionsplan 2010 vorgestellt und wir planen die Formulierung energiepolitischer Ziele für das Jahr 2020.  
Er lässt Grüße ausrichten und wünscht der Tagung viel Erfolg

Energiepolitik kann nicht aus der Isolation einer Stadt sinnvoll betrieben werden.  
Bremen und der Energieerzeuger swb AG waren vor der Privatisierung das Gallische Dorf im EWE-Meer. Seit einigen Jahren ist die EWE mit ihrem Hauptsitz Oldenburg ein wesentlicher Anteilseigner der swb AG. Die Beziehungen zwischen beiden Unternehmen werden ständig intensiviert. Beide können voneinander lernen. Die swb AG hat Erfahrungen in der Produktion von Strom, die EWE nicht, dafür aber im Gashandel und bei der Speicherung von Gas.

Wir Bremer Umweltpolitiker haben in Bremerhaven in den letzten Jahren ein Kompetenzcluster Wind mit europaweiter Bedeutung aufgebaut. Auch dürften wir in Bremen die Großstadt in Deutschland und Europa sein mit dem höchsten Windstromanteil in direkter Nähe.

Ich sage das nur, um darauf hinzuweisen, dass wir einiges für den Klimaschutz getan haben.

Bei dem Thema um das es auf diesem Kongress geht, haben wir allerdings noch einiges im öffentlichen Bereich nachzuholen.

Wir konnten in den letzten Jahren nicht richtig Fahrt aufnehmen, aufgrund interner Blockaden.

Wir haben dieses Thema in den letzten 10 Jahren mehrere Male in unterschiedlichen Varianten in die Diskussion eingebracht, sind aber immer in bürokratischen Strukturen hängengeblieben.

Allerdings haben wir einige Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht, wie z. B. das 3/4-plus Projekt in den Bremer Schulen.

Die Bremer Energie-Konferenz hat uns hier wesentliche Hilfe geleistet und ohne deren Unterstützung würden diese Projekte nicht mehr existieren. Die Ressorts haben innerhalb der letzten Jahre nicht den politischen Willen aufgebracht eigene Mittel einzusetzen, um Energiesparprojekte kontinuierlich mit Hausmeistern, LehrerInnen und SchülerInnen umzusetzen.

2004 haben wir einen weiteren Versuch gestartet, das Energieeinspar-Contracting zu etablieren. Die Konsens hat mit der Berliner Energieagentur zusammen 2 Projekte angegangen. Projektgegenstand waren die öffentlichen Bäder und 2 Krankenhäuser. Das Krankenhaus „Links der Weser“ hatte das Energiesparen nicht nötig und hat sich an dem Projekt nicht beteiligt und in dem anderen, in Bremerhaven Reinkenheide wurde das Projekt erfolgreich umgesetzt.

Ein wichtiges Prinzip der Ausschreibung ist die Poolbildung von Gebäuden. Das Prinzip ermöglicht dem Contractor eine Mischkalkulation und gewährleistet dem Auftraggeber, dass betriebswirtschaftlich auch weniger attraktive Gebäude mit einbezogen werden. Wir haben das von unseren Berliner Kollegen gelernt, die das erfolgreich seit 1996 praktizieren. Dort betragen die vertraglich garantierten Energiekostensenkungen zwischen 15 und 35 Prozent.

Auch haben wir vor ca. 2 Jahren einen Pool von 7 Schulen ausgeschrieben und den Prozess evaluieren lassen.

Die Ergebnisse waren aufschlussreich:

- Die Dauer zwischen Projektidentifikation und Vergabeentscheidung war in Bremen mehr als 3-fach länger als in Berlin.
- Die Zahl der am Projekt beteiligten Stellen ist doppelt so hoch, die der beteiligten Personen mindestens 3-fach höher.
- Die geschätzten kumulierten internen und externen Kosten des Projektes für Bremen und alle beteiligten Akteure sind mindestens 4-fach höher.
- Die hohe Zahl an Akteuren auch in den einzelnen Ressorts mit z.T. ungenügend und ineffizient geregelten Projektverantwortungen und Entscheidungskompetenzen führen zu hohem Projektaufwand z.T. werden potentielle Bieter verunsichert.

Daraus sind Anregungen entwickelt worden:

### **Herbeiführung eines klaren politischen Rahmens.**

Dieses haben wir mit dem Senatsbeschluss vom 22.01.2008 erreicht. Der Senat hat den Senator für Umwelt gebeten, mit der Senatorin für Finanzen Ausschreibungen umzusetzen.

### **Verzicht auf einen Vergleich mit der Eigenlösung spart viel Zeit und Geld.**

Bei diesem Punkt wird noch gestritten. In der Verwaltung werden gerne Gutachten vergeben, um selbst keine Entscheidungen zu treffen.

Bei der Ausschreibung der o.g. Schulen haben Eigenlösungen Einsparpotentiale von unter 10 Prozent ergeben, ob die garantiert wären, will ich dahingestellt sein lassen.

In der externen Ausschreibung sind über 30 Prozent von einem Anbieter garantiert.

Ausschreibungen werden gerne verhindert, weil bei Vergaben, die vermeintlichen Versäumnisse der Vergangenheit dokumentiert sind oder aber, weil beispielsweise die eigenen Hausmeister nicht mehr beschäftigt werden. Das kann aber in der Ausschreibung geregelt werden.

### **Förderliche Strukturen und Motivationsinstrumente.**

Es müssen eindeutige Zuständigkeiten benannt werden und Projektmittel zur Verfügung stehen. Die Landesregierung oder die Gemeinde sollte nur Steuerungsaufgaben haben, und externe Dienstleister mit der Umsetzung beschäftigen.

Auch diesen Punkt haben wir mit einer klaren Projektstruktur geklärt.

### **Mindern der Mieter-/Vermieterproblematik.**

Wir verfolgen hier eine Kompromisslinie. Wir addieren die investiven Anteile der Rate in einem festen Verhältnis über die fixe Lebensdauer, nach Ablauf des Vertrags profitiert das Ressort in vollem Umfang von den Einsparungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, die Hemmnisse zur Einführung eines Energiespar-Contracting sind Unkenntnis und interne Widerstände in der Verwaltung, neue, nicht bekannte Verfahren einzuführen.

Der öffentliche Dienst steht zwar unter Spardruck, aber die Entscheidungsstrukturen sind i.d.R. absicherungsorientiert und nicht erfolgsorientiert.

Wir haben jetzt seit Anfang des Jahres einen eindeutigen Senatsbeschluss. Dessen Voraussetzung war eine politische Beschlusslage in der Koalitionsvereinbarung.

Trotzdem musste ein langer Weg zurückgelegt werden, um erste Erfolge zu erzielen.

Dabei haben sicher die hohen Energiepreise einen großen Anteil gehabt.

Dieser Gedankenaustausch wird hoffentlich dazu beitragen, dass das Energiesparen nicht nur Thema auf Kongressen und in Sonntagsreden sein wird.

Ich wünsche Ihnen und uns viel Erfolg.